

WORKING PAPER

IT'S THE CARE, STUPID!

April 2020

IT'S THE CARE, STUPID!

Ruth Gurny, Beat Ringger

ABSTRACT

Wir erleben gegenwärtig rund um den Erdball die Schliessung des öffentlichen Lebens im Versuch, die Verbreitung des Corona-Virus zu bremsen. Dabei wird nun aber deutlich, dass sich ein elementarer Bereich nicht „schliessen“ lässt – nämlich alles, was mit Care-Arbeit (Sorge-Arbeit) zu tun hat. Das betrifft in der gegenwärtigen Krise zuvorderst die Gesundheitssysteme, daneben aber genau so offensichtlich die Betreuung und Alltagsunterstützung von Kindern, Betagten und Menschen mit Behinderungen. Und es betrifft die Aufrechterhaltung des täglichen Lebens: Einkaufen, Kochen, Putzen. In der aktuellen Ausnahmesituation wird auch deutlich, wie sorglos diese Bereiche im Courant normal der letzten Jahrzehnte an den Rand des Geschehens gedrängt worden sind. Gerade jetzt in der aktuellen Krise wird klar, welcher Schaden entsteht, wenn Gesellschaften bei der Ausgestaltung des Care-Bereichs vor allem eines im Sinn haben: Aufwand und Kosten so tief wie möglich zu halten. Oder, wie es Oliver Nachtwey in der Republik vom 3. April 2020 formulierte: „Die Krise, die wir jetzt erleben, wurde zwar durch ein Virus ausgelöst. Aber die Härte, mit der sie uns trifft, ist den neoliberalen Fehlentwicklungen der letzten dreissig Jahre geschuldet.“



Die neuen Held*innen

Im Moment sind die Care-Arbeitenden im Gesundheitsbereich die Held*innen der Corona-Krise. Das Gesundheitspersonal arbeitet an vielen Orten bis zur Erschöpfung. Als Dank und Anerkennung werden nun Pflegepersonal und die Ärzteschaft Abend für Abend beklatscht. Der Applaus versteht sich als Zeichen der Anerkennung dafür, dass das ganze Gesundheitspersonal, das Reinigungspersonal, das Hilfspersonal, die Pflegenden und die Ärzteschaft besonders exponiert sind und damit rechnen müssen, trotz aller Vorsichtsmassnahmen mit dem Sars-CoV-2-Virus infiziert zu werden. Das Gesundheitspersonal ist vielerorts auch deshalb in Bedrängnis, weil in diesem Bereich seit Jahren ein konstanter Spardruck herrscht. Krankenhausbetten und der Bestand an Ärzten sowie Pflegepersonal im stationären Bereich wurden abgebaut, und auch die Ausbildung des Fachpersonals wurde nur mangelhaft entwickelt.

Diese neoliberale Sparpolitik griff in ganz Europa, namentlich etwa in Frankreich, Italien oder Spanien. Noch weitaus dramatischer präsentieren sich die Verhältnisse in manchen Entwicklungs- oder Schwellenländern. Indien etwa wendet jährlich nur 2 Prozent des BIP für das Gesundheitswesen auf, während sich die meisten OECD-Länder im Bereich von 7 bis 12 Prozent bewegen.

Eine gute öffentliche Gesundheitsversorgung für alle ist – das erleben wir in der gegenwärtigen Corona-Krise klarer denn je – ein zentraler Baustein des Wohlstands. Allerdings leben wir in einer Gesellschaft, deren Dynamik eben gerade nicht von einer Optimierung des Wohlstands, sondern von der Optimierung der Verwertbarkeit von Kapital bestimmt wird. Ein öffentliches Gesundheitswesen gilt dabei in erster Linie als ein Kostenfaktor, der Mittel absorbiert, die dann der Kapitalverwertung nicht mehr zur Verfügung stehen.

Neuer Blick auf Systemrelevanz?

Als Kostenfaktor gilt neben dem Gesundheitsbereich insbesondere auch der Bereich der Kinderbetreuung und der Begleitung und Betreuung von behinderten oder pflegebedürftigen alten Menschen. Die gegenwärtige Krise schafft nun aber schlagartig neue Wertungen, etwa im Fall der Kindertagesstätten. Der Bundesrat hat angeordnet, dass die Kantone vorschulische Betreuung anbieten müssen für jene Kinder, deren Eltern die Betreuung nicht selbst übernehmen können. So werden die Kitas aktuell gleichsam geadelt und erhalten das Prädikat „systemrelevant“. Sie sind zum Beispiel unerlässlich, damit das Gesundheitspersonal in Spitälern, Pflegeheimen und der Spitex zur Verfügung steht. Und so wird offenkundig, wie wichtig die familienexterne Kinderbetreuung und wie unentbehrlich die Arbeit der Kleinkinderzieherinnen ist. Auch hier leisten „Heldinnen der Arbeit“ ihren Dienst: Die zwei Meter-Abstandsregel kann mit kleinen Kindern nicht eingehalten werden und Schutzkleidung und Gesichtsmasken sind keine Lösung. Neben der gesundheitlichen Risiken kommen nun aber aktuell auch noch finan-

zielle Probleme: Die Kitas sind nach wie vor auf die finanziellen Beiträge der Eltern angewiesen, obwohl ein Teil der Kinder gar nicht mehr in die Kitas dürfen. Dass die Eltern in dieser Situation nicht bereit sind, Leistungen zu bezahlen, die sie gar nicht beziehen, liegt auf der Hand. Eigentlich wäre zu erwarten gewesen, dass auch hier der Bund einspringt und die Ausfälle übernimmt, bis sich die Lage sich wieder normalisiert hat. Anders als bei den Dutzenden von Milliarden, die für die Rettung der Wirtschaft eingesetzt werden, scheinen hier aber der bürgerlichen Mehrheit im Bundesrat 100 Mio Franken zu viel zu sein und die Aufgabe wird wieder einmal den Kantone und Gemeinden zugeschoben. Das Unverständnis und die Empörung der betroffenen Betriebe ist gross, eine Nachbesserung muss zwingend erfolgen.

Der Care-Sektor: Baustein des Wohlstandes und Wohlergehens

In neoliberalen Kreisen sorgt man sich nun natürlich, dass die Rolle des Staates in der Corona-Krise aufgewertet wird. Oliver Kessler, Vizedirektor des Liberalen Instituts, schreibt in einem Gastkommentar in der NZZ vom 27.3.2020 (Titel ‚Der Staat kommt meist, um zu bleiben‘): „Es darf nicht vergessen werden, dass der Staat mit seinen Investitionen keinen zusätzlichen Wohlstand schaffen kann. Er muss dieses Geld zuvor jemandem wegnehmen, der es anderweitig verwendet und investiert hätte“. Das ist neoliberale Ideologie in Reinkultur: Nur was die Form von Profit annimmt, schafft zusätzlichen Wohlstand. Jede öffentliche Ausgabe hingegen hindert ein kapitalistisches Unternehmen daran, das investierte Geld selbst (und selbstredend auch besser) anzulegen – der Staat hat dieses Geld ja mittels Steuern der Privatwirtschaft entzogen, und deswegen stagniert nun der Wohlstand.

Eine solche Darstellung ist gegenwärtig grad besonders abstrus. Die Zinsen sind seit Jahren im Keller. Kredite sind praktisch zum Nulltarif zu haben. Alle – auch der Staat – können kräftig investieren, ohne die Kreditaussichten von anderen Akteuren auch nur im Geringsten zu beeinträchtigen.

Die Vorstellung, der Wohlstand einer Gesellschaft basiere einzig auf der privatwirtschaftlichen Ordnung und Profitorientierung garantiere Wohlstandsmehrung, ist aber auch grundsätzlich nicht viel mehr als ein ideologisches beziehungsweise interessengeleitetes Konstrukt. Anschauungsunterricht bietet dabei aktuell gerade dasjenige Land, dessen Gesundheitswesen von allen OECD-Ländern mit Abstand am wenigsten staatlich reguliert ist: Die USA. Drei Kennziffern mögen hier genügen: In den USA haben rund ein Drittel der Bevölkerung keine Krankenversicherung oder aber einen Selbstbehalt von mehreren Tausend Dollar pro Jahr. Punkto Lebenserwartung liegt die USA mit 78.9 Jahren global lediglich auf Rang 35. Bezüglich Kosten jedoch schlagen die USA alle: Gemäss OECD-Zahlen gaben sie 2018 16.9% des BIP für die Gesundheitsversorgung aus, 4.7% mehr als das nächstfolgende Land (die Schweiz mit 12.2%). Dazu kommt ein genereller Mangel an Einrichtungen der sozialen Sicherheit, und so drohen von allen Ländern des globalen Nordens in den USA die vielleicht schlimmsten Folgen der Corona-Krise. Es ist offensichtlich, dass die öffentliche Hand gerade im Care-Bereich weitaus besser in der Lage ist Wohlstand zu schaffen als die Privatwirtschaft. Es ist kein Zufall, dass der diesbezügliche Wohlstand in den skandinavischen Ländern so hoch

ist, z.B. im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Kindertagesstätten, Elternurlaub und Altenpflege. Und obwohl diese Länder mit ihrer hohen Staatsquote der Privatwirtschaft angeblich so viele Ressourcen entziehen, finden sie sich in den internationalen Rankings der Wirtschaftsstandorte ausnahmslos in den Top-Rängen.

Als Gegenargument wird oft vorgebracht, dass mit dem Ausbau des öffentlichen Care Sektors die Bereitschaft der Leute sinke, sich privat und nachbarschaftlich zu engagieren. Abgesehen davon, dass es für diese Behauptung keinen belastbaren Nachweis gibt, wird gegenwärtig sehr deutlich, wie trügerisch es sein kann, sich allzu selbstverständlich auf dieses private Engagement zu verlassen. Von einem Tag auf den anderen ist es nicht mehr möglich, für die Kinderbetreuung auf die Grosseltern zu zählen. Die Grossväter und Grossmütter müssen als besonders vulnerable Personen zu Hause bleiben und das Gebot der räumlichen Distanzierung einhalten. Das Beispiel zeigt, wie wichtig robuste Angebote des Service Public sind.

It's the care, stupid!

Care-Arbeitende sind die Held*innen der Corona-Krise. Gerade jetzt sind viele Menschen sensibilisiert für die Frage, was denn ein gutes Leben ausmacht, wie bedeutsam dafür Sorge und Pflege sind, wie anspruchsvoll Kinderbetreuung sein kann, und wie wichtig die Menschen in der Gesundheitsvorsorge sind – nicht nur die Maschinen und die blossen Handreichungen. Das müssen wir nun zum Ausgangspunkt für eine massive Aufwertung dieser Berufe nehmen. Arbeitsbedingungen, Lohn, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten müssen erheblich verbessert werden.

Wenn wir nach der Corona-Krise dann langsam wieder zur Normalität zurückkehren, muss die Erfahrung wach gehalten werden, welche Arbeiten wirklich systemrelevant und für das Funktionieren der Gesellschaft nötig sind, wie wir diese organisieren und vor allem finanzieren. Wir müssen darauf pochen, dass die Verantwortung für Menschen, ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden endlich mehr Wertschätzung erfährt und dass das nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Der Satz aus dem Wahlkampf von Bill Clinton hat Berühmtheit erlangt: „It's the economy, stupid!“. Dreissig Jahre später wissen wir, dass der Slogan falsch ist. Für heute und für die nächsten Jahrzehnte muss es heissen: „It's the care, stupid“.

Zur Person: Ruth Gurny ist promovierte Soziologin. Beat Ringger ist geschäftsleitender Sekretär des Denknetzes.